

Schröders Ansprüche

Zu: „Hunderttausende Euro für Ex-Kanzler“, FR-Politik vom 19. Februar

Es ist nichts dagegen zu sagen, dass ein Altkanzler, der viel für Deutschland getan hat, neben seiner Pension weitere Zuwendungen erhält, z.B. für Büroadar und Personal. Vor dem Hintergrund der Leistungen von Altkanzler Schröder habe ich aber Bedenken. Als größte Leistungen sind mir die Hartz-Gesetze und die Zerlegung der einst stolzen Volkspartei SPD im Gedächtnis.

Nun erhält er also für die o.g. Aufwände pro Jahr 400.000 Euro aus Steuermitteln, vermutlich bis ans Lebensende. Daneben bezieht er Einkünfte von Gazprom und anderen, deren genaue Höhe ich nicht kenne, die aber über Hartz-IV-Niveau liegen dürften. Genau hier sehe ich ein Problem: Wenn sich ein Hartz-IV-Bezieher etwas dazuverdient oder wenn das Kindergeld erhöht wird, bekommt er die Steigerung sofort von Hartz-IV-Satz abgezogen. Von einem solchen Abzug ist mir im Falle des Altkanzlers nichts bekannt. Für mich stinkt diese Sache zum Himmel. Es bestätigt das Bild vom sich selbst versorgenden politischen System.

Herbert G. Just, Wiesbaden

Ehrliches Anliegen

„Fridays for Future“: „Lieber E-on-Konzern“, FR-Meinung vom 18. Februar

Liebe Magdalena, als ich ungefähr so alt war wie Sie jetzt sein müssen, war ich noch nicht soweit mit der Enttäuschung. Willy Brandt hatte die Losung ausgegeben: Mehr Demokratie wagen. Ich habe mit etwas Freude und Hoffnung die SPD gewählt. Dann kamen die Berufsverbote, von denen man als kritischer Mensch Gefahr lief, betroffen zu sein. Da habe ich vom Wählen lange Abstand genommen.

Ich glaube, Sie sind weiter als ich damals in Ihrem Alter. Sie wissen sicher schon: Die (Wirtschafts-) Welt, die Sie und ich uns wünschen, in der Konzerne nicht lügen müssen, sondern wo es ihnen ein ehrliches Anliegen sein kann, auf der richtigen Seite zu stehen – die muss befreit werden vom Zwangskorsett der Konkurrenz um Wachstum und Profit! Das aber muss irgendwann die Politik richten, da helfen keine guten Neujahrsvorsätze. Ich wünsche Ihnen von Herzen, dass Sie das noch erleben.

Joachim Reinhardt, Hüttenberg

FR ERLEBEN

Pitt von Bebenburg spricht mit Matthias Pöhlmann über dessen Buch „Rechte Esoterik. Wenn sich alternatives Denken und Extremismus gefährlich vermischen“. Eine Online-Veranstaltung der Jüdischen Gemeinde Frankfurt. Livestream unter [jg-ffm.de](https://www.jg-ffm.de)
Mittwoch, 2. März 2022, 19 Uhr



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/lf-20220221](https://www.frblog.de/lf-20220221)

Putin hängt einer völkischen Ideologie an

Zu: „Putin entsendet Militär“, FR-Titel v. 22.2., u. „Frieden ist etwas anderes als Nichtkrieg“, FR-Feuilleton v. 19.2.

Erst war das Sudetenland an der Reihe

Das Muster ist bekannt, Hitler hat in den Münchner Verträgen von 1938 die damaligen Alliierten geprüft, wie ernsthaft sie dazu stehen, und für sich festgestellt, dass er weitermachen kann. Als er das Sudetenland bekommen hatte, marschierte er später zuerst in Polen und dann in die Tschechoslowakei ein. So wie Putin 2014 erst in die Krim und nun in den Donbas und Luhansk. Der folgende Weltkrieg sollte den heutigen Politikern doch bewusst sein. Die erforderliche Vorstellung geht allerdings über ihre Wahlperioden hinaus.

Die UdSSR hat sich einmal zurückgezogen, war in der Kubakrise. Nun liegt Kuba vor der Haustür der USA. Das ist wohl eine Reaktion, die Putin verstehen könnte. Dass Putin und auch Erdoğan und andere Potentaten Hitler kopieren, ist bemerkenswert. Konrad Mohrmann, Frankfurt

Begrenzte Souveränität der Nachbarstaaten

Putins Thesen zum Thema „Russen und Ukrainer“ kann man wie folgt zusammenfassen: „Daran glaube ich fest: Die Mauer, die in den vergangenen Jahren zwischen Russland und der Ukraine entstanden ist, ist unser großes gemeinsames Unglück, eine Tragödie. Sie ist vor allem die Folge eigener Fehler.“ Sie sei aber auch das Resultat vorsätzlicher Anstrengungen durch jene Kräfte, die immer schon versucht hätten, „unsere Einheit zu unterminieren“, mit dem Ziel, Teile eines einzigen Volkes auseinanderzutreiben. Russen, Ukrainer und Weißrussen seien allesamt Nachfahren des alten Rus, des einst größten Staat Europas. Das Wort „Ukrainer“ bezeichne ursprünglich Wächter, die die Außengrenzen schützten. 1991 fanden sich alle diese Gebiete mitsamt ihren Menschen „über Nacht im Ausland wieder, weggerissen von ihrem historischen

Mutterland“ (zitiert nach „Zeit“ vom 10. Februar). Der russische Präsident präsentiert hier eine Neufassung der Lehre von der begrenzten Souveränität benachbarter Völker. Zu Zeiten des Kommunismus war die Breschnew-Doktrin hier ausschlaggebend. Eine souveräne Entscheidung der Ukrainer über ihre Zukunft ist bei Putin nicht vorgesehen.

Stirnrunzeln bewirkt allerdings beim Betrachter der Ukraine extrem nationalistische Sachverhalte, die wenig vorbildliche rechtsradikale Personen in der Ukraine betreffen. Seit der ukrainischen Unabhängigkeit nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wird Stephan Bandera im öffentlichen Raum gedacht. Anfang 2014 gab es 46 lebensgroße Statuen oder Büsten von ihm. Er gilt überwiegend als Verbündeter der Nazis und Kriegsverbrecher. Im Westen der Ukraine wird er als Nationalheld verehrt. Nicht selten wird er als überzeugter Faschist und radikaler Antisemit eingestuft. Trotz dieser mangelnden Abgrenzung nach Rechtsaußen ist die aktuelle ukrainische Regierung nicht rechtsradikal.

Auch in Russland ist der Rechtsradikalismus nicht einflusslos. Die Bewegung, die unter dem Begriff Neurussland im Osten der Ukraine die Separation unterstützt und den Anschluss der Krim an Russland befürwortet hat, ist eindeutig dem rechtsradikalen Spektrum zuzurechnen. Spricht die aktuelle russische Regierung von „Neurussland“, hat sie weite Gebiete im Osten und Süden der Ukraine im Blick. So nannten die Zaren die Provinzen ab Mitte des 18. Jahrhunderts. Putin zählt zu „Neurussland“ neben Donezk und Luhansk auch Charkow, Cherson, Mykolajew und Odessa. Insgesamt leben dort rund 14 Millionen Einwohner. Diese Territorien seien zu Sowjetzeiten der Ukraine „übergeben“ worden, meint Putin – er wisse nicht, warum.

Christian Schauer, Alzenau

Unverbindlicher Pazifismus

Bascha Mika möchte angesichts von „mehr Drohgebärden, mehr Desinformation, mehr Spannungen“ und eines Zusteuerns Europas auf einen Krieg grundsätzlich über den Frieden reden und versammelt daher Auszüge aus „Reden für den Frieden“ von ausgewählten Frauen und Männern, die im Laufe der Dekaden den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhalten haben. Die Schuld für die aktuelle Eskalation verteilt sie dabei zu gleichen Teilen auf „den Westen“ und „Russland“, ohne zu erwähnen, dass „der Westen“ niemanden angreift und in der Ukraine seit nunmehr acht Jahren ein veritabler Krieg tobt, angezettelt vom brutal-diktatorisch regierten Russland mit der Annexion der Halbinsel Krim sowie der militärischen Unterstützung der „Rebellen“ in der Ostukraine.

Stattdessen spricht die Autorin lieber von einer „Ukraine-Krise“ und bemängelt pikiert, dass bei der Münchener Sicherheitskonferenz „ständig über, aber nicht mit Russland gesprochen“ wurde. Sie erwähnt nicht, dass alle relevanten russischen Vertreter durchaus eingeladen waren, aber nicht gekommen sind. Man kann sich denken warum. Sie hätten in München Stellung nehmen und vor allem, kriegstaktisch unklug, ihre aktuellen Gefechtsstände verlassen müssen.

Natürlich ist es sinnvoll, über Möglichkeiten des Friedens nachzudenken. Noch sinnvoller und wichtiger aber ist es, den tatsächlich seit Jahren von Russland geführten und nun wieder trotz Minsker Abkommen verstärkten Krieg überhaupt zur Kenntnis zu nehmen und zu bewerten. Ansonsten endet das „Reden für den Frieden“ im unglaublichen Sonntags-Predigerton eines unverbindlichen Pazifismus.

Alfons Maria Arns, Frankfurt

Diskussion: [frblog.de/donbas](https://www.frblog.de/donbas)

Damit Abfall möglichst wenig Sorgen bereitet

Müllwirtschaft: „Recycling ist möglich“ und „Kein Plastik an Bord“, FR-Wirtschaft vom 15. und 13. Februar

Recyclate müssten gefördert werden

Dass Solarmodule jetzt komplett recycelt werden können, ist eine gute Nachricht. Es gibt andere gute Nachrichten zu diesem Thema, aber noch zu wenige: Reinigungsmittel in Flaschen aus Recyclat, Papiere aus 100 Prozent Altpapier, Glas aus Altglas, Metallprodukte aus Altmetall und auch Dieselöl, pyrolysiert aus Plastikabfall. Ich vermisse bei diesem wichtigen Thema Recycling einen Aspekt, nämlich die finanzielle Besserstellung derartiger Produkte im Vergleich zu Normalprodukten und insbesondere zu – wie auch immer – schädlichen oder belastenden Produkten. Ich meine, dass all diese Recyclingprodukte aus

(mindestens 80 Prozent) Recyclat nur noch den reduzierten Mehrwertsteuersatz haben sollten. Und alle Produkte, die per Definition und zweifelsfrei überdurchschnittlich negativ einzustufen sind, werden mit einem neu zu schaffenden, höheren MwSt-Satz besteuert: SUV etc., fossile Energie allgemein (Öl, Kohle, Gas) und entsprechende Produkte daraus (speziell alles Plastik). Damit würde ein klares Zeichen gesetzt. Natürlich gäbe es Verlockungen zum Missbrauch, die durch deutliche Sanktionen (Gewinnabschöpfung) von vornherein bedacht werden müssten. Aber eine solche einschneidende Systemänderung ist in unserem Land nicht mehr vorstellbar; für den absehbar heftigen Gegenwind bräuchte es vie-

le sehr mutige Politiker:innen, die ich nicht sehe.

Bernfried Kleinsorge, Egelsbach

Läuft hier etwas verkehrt?

Eine bemerkenswerte Nachricht: Ein Weltkonzern macht einen derartigen Schritt Richtung Nachhaltigkeit wie die global tätige Reederei Gruppe CMA CGM aus Marseille. Ohne dass die französische Regierung oder die EU es verlangt hätten, will CMA CGM keinen Plastikmüll in Entwicklungsländer mehr transportieren. Hoppla! Läuft hier was verkehrt? Normalerweise stromern Lobbyisten von Weltkonzernen den Regierenden hinterher, damit sie sie beim Geldverdienen nicht einschränken. Hier schränkt sich ein Konzern

selbst ein und zeigt den Regierenden, wie der Hase zu laufen hat: Wer Müll verursacht, muss selbst dafür sorgen, dass er keine Sorgen mehr bereitet.

Wir BürgerInnen werden angehalten, Plastikmüll zu Hause sorgfältig zu trennen, damit er einfacher als deklarierter Wertstoff über Länder gekippt werden kann, die schon mit dem eigenen Plastikmüll nicht zurecht kommen. Das ist nicht nett. Was ich von unseren inzwischen grünen MinisterInnen erwarte, praktiziere ich seit Jahren: Mein Plastikmüll wird nicht exportiert. Er landet zusammen mit dem Restmüll in der energetischen Verwertung. Auch nicht super, aber ich schiebe die Belastung nicht auf andere. Export von Plastikmüll verboten! Sofort! Juan Romero, Hamburg